

Meine Damen und Herren,

als Michael Schäfers mich fragte, ob ich bei der Vergabe des Ketteler-Preises die Laudatio halten will, fühlte ich mich schon geehrt. Doch seit ich mit Vertretern jener Initiativen gesprochen habe, die für den Preis zur Wahl standen, fühle ich mich erst richtig geehrt. Seit diesen Gesprächen weiß ich, dass es noch Leute gibt, die auch dann für die Solidarität zwischen Starken und Schwachen, für Gute Arbeit eintreten, wenn viele sagen: Was soll das denn? In Deutschland ist doch alles in Ordnung.

Und glauben Sie mir, dies sagen viele. Offiziell hört man über den Arbeitsmarkt nur gute Nachrichten. Die Arbeitslosigkeit ist so niedrig wie seit fünf Jahren nicht.

Die Unternehmen suchen händeringend nach Fachkräften. Die Lage bei den Lehrstellen hat

sich entspannt. Und wenn Sie wirklich Armut sehen wollen, sagte mir neulich einer von der Handelskammer, dann gehen Sie doch nach Haiti. Krise war gestern, heute ist Aufschwung. Brauchen wir da noch einen Preis für Gute Arbeit, benannt nach einem Bischof, der sich einst leidenschaftlich für die Rechte der Arbeiter eingesetzt hat.

Meine Antwort lautet: Ja wir brauchen ihn. Gerade jetzt.

Glauben Sie mir. Auch ich bin froh darüber, dass die Arbeitslosigkeit zurückgegangen ist, dass es mehr Lehrstellen gibt, dass Fachkräfte gesucht werden.

Aber das ist eben nur die halbe Wahrheit. Die andere Hälfte wird verdrängt. Weil man sich eben nicht gerne mit der Schattenseite des Erfolgs, mit den Verlierern in der angeblich heilen Welt beschäftigt.

Natürlich zitiert jeder am liebsten die Zahlen, die er selbst gefälscht hat. Aber manche Zahlen sind unbestritten. Zum Beispiel jene, dass ein Viertel der Deutschen vom Wohlstand abgehängt ist, darunter 2,6 Millionen Kinder. Dagegen besitzen die zehn Prozent reichsten Haushalte für Jahr mehr vom privaten Gesamtvermögen: 2002 waren es 57 Prozent, 2007 waren es 61,1 Prozent, in 20 Jahren werden sie 80 Prozent des Vermögens besitzen. Alles Neid, bekommt man dann gesagt. Weit gefehlt. 10 Prozent besitzen 80 Prozent - das sind Zahlen aus mittelamerikanischen Bananenrepubliken. In einem superreichen Land.

Acht Millionen Erwerbstätige verdienen weniger als 7,50 Euro pro Stunde. Mit den Arbeitslosen zusammen leben 13 Millionen Menschen in prekären Verhältnissen.

Auch auf dem Arbeitsmarkt ist viel mehr Schein als Sein. Alle rufen nach jungen Fachkräften. Doch warum hat dann jeder zweite Arbeitnehmer unter 25 Jahren einen befristeten Arbeitsvertrag? Verzweifelt werden Ingenieure gesucht. Doch warum bekommt dann ein hoch qualifizierter Ingenieur keinen Job – trotz 60 Bewerbungen. Die Antwort: Er ist 59 Jahre alt. Warum sprechen alle vom Boom am Arbeitsmarkt, wo doch vor allem die Leiharbeit boomt? Bei einem renommierten Unternehmen wie Airbus sind unter 11.000 Beschäftigten 2200 Leiharbeiter.

Die befristeten Arbeitsverhältnisse und die Leiharbeit schaffen eine neue Art von Beschäftigten, nämlich Industrie-Nomaden: Heute hier, morgen dort. Das verändert die Gesellschaft. Stabile Partnerschaften, ein Leben mit Kindern oder gesellschaftliches Engagement sind so nicht zu erwarten.

Und dann sind da auch noch diejenigen, die seit langem arbeitslos sind. Um sie kümmern sich Politik und Wirtschaft immer weniger. Sie werden abgeschrieben oder wie mir eine Frau neulich bitter sagte: „entsorgt“

Wenn man sich diese Wirklichkeit vor Augen führt, dann fragt man sich: Warum wird sie eigentlich verdrängt, besonders in der Wirtschaft, in der Politik, aber auch in der Wissenschaft?

Meine Antwort lautet: Weil die Armen, die Verlierer dieses Systems, das Ergebnis einer wirtschaftlichen, geistigen und einer politischen Krise ist, die die Verantwortlichen nicht wahrhaben wollen, weil sie diese Krise verantworten.

Wirtschaftlich leben wir seit 20 Jahren in einer Revolution. Ihre Urheberin kam nicht wie eine Revolutionärin daher, sondern im Kostüm und

mit Handtasche, wie zum Gang in die Kirche. Doch seit der Regierungsübernahme von Margaret Thatcher beherrscht der Wirtschaftsliberalismus die Welt. Seine Grundsätze sind einfach: Der freie Markt ist effizienter als der Staat; privat ist wirtschaftlicher als öffentlich; Gewinne schaffen Arbeit, Löhne sind Kosten. Diese Denkweise bestimmte in vielen Ländern die Politik. Steuern senken, Sozialleistungen schleifen, gesetzliche Regeln beseitigen, Löhne senken. Wir Journalisten nennen diese Politik die Pferde-Spatz-Revolution. Denn nach dieser Philosophie muss man immer die fettesten Pferde füttern, damit auch für die Spatzen mehr Pferdeäpfel abfallen.

Derzeit erleben wir die Folgen dieser Revolution. Die wachsende Armut, die soziale Spaltung, die hohe Arbeitslosigkeit und nicht zuletzt die Finanzkrise zeigen: Wer die fetten Pferde füttert, schafft nicht mehr Pferdeäpfel

für die Spatzen, sondern mehr hungrige Spatzen. Und wer die Finanzmärkte von Regeln befreit, befördert den Crash.

Sozialpolitisch hat das Konzept des Wirtschaftsliberalismus versagt. Aber das schlimme ist, dass das wirtschaftsliberale Denken viele Köpfe erobert hat. Im vergangenen Jahrzehnt wurden Werte wie Solidarität und Gerechtigkeit in Frage gestellt. Nach Solidarität und Gerechtigkeit fragen immer weniger, viel mehr fragen nach Kosten und Nutzen. Auf dem freien Markt zählt nur, wer oder was sich rechnet. Und wer oder was sich nicht rechnet, wird abgeschrieben – egal, ob Mensch oder Maschine.

So denken inzwischen auch Vertreter der angeblichen geistigen Elite.

Auf einem Katholikentag beklagte der junge Historiker Paul Nolte, immerhin Berater von Angela Merkel, die Unfähigkeit der

Unterschicht, Kinder zu erziehen. Als er das sagte, konnte er den Ekel vor dem, was er für Unterschicht hält, kaum verbergen.

Für Peter Sloterdijk, einen angesehenen Philosophen, ist der Staat ein „geldsaugendes Ungeheuer“. Den Sozialstaat nennt er „eine Kleptokratie, in der die Unproduktiven auf Kosten der Produktiven leben“.

Wenn führende Denker so denken, verwundert es nicht, dass in vielen Redaktionen, in den Kasinos der Banken, in Werbeagenturen und an vielen Arbeitsplätzen eine Mentalität herrscht, die den Armen nur Verachtung entgegenbringt und den angeblichen Wohlfahrtsstaat lieber früher als später beerdigen möchte.

Edith Franke, die Gründerin der Tafel in Dresden, sagte mir am Rande des Evangelischen Kirchentages, dass immer mehr Menschen auf die Lebensmittel der Tafel

angewiesen sind. Gleichzeitig nimmt sie eine wachsende Abneigung der Mittelschicht gegen die Armen wahr. Doch wenn die Armen verachtet werden, dann herrscht soziale Kälte. Wenn man fragt, wer dies ändern könnte, dann stößt man naturgemäß auf die Politik. Doch leider hat sich auch die Politik in ihrer großen Mehrheit dem marktradikalen Denken und ihren führenden Interessen untergeordnet. Es gilt die Devise: Was gut ist für die Wirtschaft, ist gut für den Staat. Mit diesem Denken werden seit vielen Jahren staatliche Leistungen gestrichen oder privatisiert. Die rot-grünen Hartz-Gesetze sind ein Musterbeispiel dafür, wie der Staat die Lebensleistungen von Menschen entwertet und Armut selbst schafft. Großverdiener und Großunternehmen zahlen dagegen so wenig Steuern wie noch nie, wenn sie sie bezahlen. In der Eurokrise zwingt die Politik den Griechen und Portugiesen Hungerkuren auf.

Gleichzeitig finanzieren sie Milliarden-Rettungsfonds, die nicht etwa Griechen und Portugiesen retten, sondern Banken und Spekulanten vor Verlusten bewahren.

Armut ist dagegen kein Thema in der Politik. Wir leben ja nicht in Haiti. Bei uns verhungert ja niemand. Hartz IV sei Dank, so heißt es. Ein Ketteler Preis – wer braucht den schon?

Und ob er gebraucht wird. Er wird gerade gebraucht in einer Zeit, in der immer mehr Menschen mit den Armen, mit den Ausgegrenzten nichts zu tun haben will.

Wie sehr der Preis gebraucht wird, das zeigen die Initiativen, die sich beworben haben.

Alle drei Initiativen werden mit den gleichen drei Eigenschaften betrieben:

Widerständigkeit, Mut und Kreativität.

In allen drei Projekten zeigt sich die Widerständigkeit von Christen, gerade

deshalb für Gerechtigkeit und Gute Arbeit einzutreten, weil diese Ziele nicht mehr in Mode sind.

Es zeigt sich der Mut, im Zweifel auch gegen den Strich zu bürsten und sich auch unbeliebt zu machen. Und es zeigt sich die Kreativität, Alternativen nicht nur zu fordern, sondern zu schaffen und zu leben.

Da ist der Soziale Betrieb Sulzbach aus dem Saarland. Hinter ihm steht der Mut, in einer Genossenschaft Starke und Schwächere zusammenzuführen, auf dass die stärkeren Partner wie die Stadt oder die Kirche, Aufträge vergeben, die dann von angestellten Langzeitarbeitslosen ausgeführt werden. Zunächst war die Genossenschaft erfolgreich, hat 15 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze geschaffen. Doch dann wurde sie von einer Realität eingeholt, die nur „Geiz ist geil“ kennt und keine fairen Preise für die

Schwächeren. Jetzt kämpft die Genossenschaft ums Überleben – und wünsche ich diesem visionären Projekt von ganzem Herzen.

Und dann ist da der Förderverein Arbeit, Umwelt und Kultur in der Region Aachen. „Immer noch gebraucht“ hat sein Motto. Und das zeigt, dass hier gleich zwei Probleme zugleich angegangen werden. Nämlich das Problem, dass bei uns Produkte weggeworfen werden, die eigentlich noch gebraucht werden – und, dass bei uns Menschen abgeschrieben werden, die auch noch gebraucht werden. Also versuchen Erwerbslose damit, aus den Wertstoffen der Wegwerfgesellschaft wieder Produkte herzustellen, die noch gebraucht werden. Damit zeigen sie im Kleinen, wie die Zukunft der Wirtschaft im Großen aussehen müsste. Sie wird gerecht und grün sein – oder gar nicht. Die Initiatoren haben bei ihrem

Engagement eine tiefe Erfahrung gemacht:
Wer ausgegrenzt ist, fühlt sich erst wieder
gebraucht, wenn er in einer Gemeinschaft
angekommen ist, wieder anerkannt wird.

„Sozialintegration kommt vor
Arbeitsintegration“, sagen Sie vom
Förderverein. Und ich wünsche Ihnen von
ganzem Herzen ein so langes Engagement, bis
dieser Satz auch in Berlin angekommen ist. Bis
es endlich eine Politik gibt, die Arbeitslose
integriert statt Erwerbstätige und Erwerbslose
immer weiter zu spalten.

Und um eine besondere Form von gelebter
Alternative geht es bei den Preisträgern von
der KAB in Münster.

Sie versuchen mit einem originellen Weg,
Gute Arbeit in ganz normalen Unternehmen
durchzusetzen. Dazu zeichnen sie
Unternehmen, Institutionen oder Initiativen
mit einem Gütesiegel aus, die einen

eigensinnigen Beitrag zu Guter Arbeit leisten. Wie einen Bäckermeister, der Tariflohn zahlt und deshalb am Sonntag nicht öffnet, wie eine Hauptschule, die gute Beziehungen zu Unternehmen unterhält und deshalb der Hälfte ihrer Hauptschüler eine Lehrstelle vermitteln kann. Und ... und. Es ist ein überaus erfolgreicher Versuch, eines deutlich zu machen: dass man im ganzen normalen Wirtschaftsleben auch erfolgreich sein kann, wenn man solidarisch und gerecht handelt statt nur noch zu tun, was sich rechnet.

In diesem Sinne gratuliere ich der KAB aus Münster herzlich zu Ihrer Wahl und wünsche Ihnen von ganzem Herzen so viel Erfolg mit Ihrem Gütesiegel, dass Ihnen irgendwann die Gütesiegel ausgehen, weil es nur noch Gute Arbeit gibt.

Werten Sie aber schon heute den Ketteler-Preis als Gütesiegel für Ihre gute Arbeit

Gratulieren möchte ich den Verantwortlichen der Stiftung Zukunft der Arbeit und der sozialen Sicherung der KAB. Sie haben es geschafft, mit dem Ketteler-Preis Menschen zu belohnen, die Alternativen leben, obwohl viele sagen, es gebe keine; die in Zeiten wachsender Anpassung und Gleichgültigkeit Widerständigkeit, Mut und Kreativität beweisen.

Sie zeigen damit, dass der deutsche Dichter Hölderlin mit seinem berühmte Satz doch Recht hat. „Wo aber Gefahr ist, da wächst das rettende auch.“

Danke

© Dr. Wolfgang Kessler